

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 7. —

(No. 85.) Königlichcr Befehl wegen erneuerter strenger Untersagung alles Handels und sonstigen Verkehrs mit England. Vom 20sten März 1812.

Bei dem bald zu erwartenden Anfange der diesjährigen Schifffahrt werden dem handlungstreibenden Publikum die von Sr. Majestät dem Könige von Zeit zu Zeit wiederholten Verordnungen wegen Aufrechthaltung des Continentsystems und wegen strenger Untersagung alles Handels und sonstigen Verkehrs mit England und dessen Kolonien, besonders das Reglement vom 11ten Juni 1808., die Verordnungen vom 28sten Oktober 1810. und 8ten März 1811. hiermit in Erinnerung gebracht, und selbiges bei Vermeidung der in jenen Verordnungen bestimmten, unerläßlichen Strafen hiermit verwarnet, sich alles verbotwidrigen überseeischen Handels gänzlich zu enthalten.

Um auf der einen Seite desto gewisser jeden Versuch unmöglich zu machen, jenen Allerhöchsten Königlichen Verordnungen entgegen zu handeln, und auf der andern Seite um die Küsten-Schifffahrt, so weit selbige den gesetzlichen Bestimmungen gemäß ist, so viel als möglich zu beschützen, haben Se. Königliche Majestät beschlossen, daß in den Haupt-Seehäfen der Monarchie ungesäumt bewaffnete Zollwachtschiffe erbauet und schleunigst ausgerüstet werden sollen, deren Bestimmung dahin gehet, alle Häfen und Rheden, in Hinsicht auf die Befolgung der Handels- und Abgabengesetze zu bewachen, den erlaubten Küstenhandel gegen feindliche Angriffe zu schützen, und dagegen jeden Schleichhandel mit verbotenen Gegenständen zu verhindern; zu diesem Zweck stationsweise die Küsten zu besegeln und jedes eines verbotenen Handels verdächtige Schiff zur weitem Untersuchung und gesetzlichen Bestimmung in den nächsten oder bequemsten Preussischen Hafen zu bringen.

Dieser Allerhöchste Königliche Befehl wird aufs Schleunigste zur Ausführung gebracht, und es sind dieserhalb die zweckdienlichsten Massregeln

Jahrgang 1812.

G

er-

erlassen. Dem handlungstreibenden Publikum wird hiervon unverweilt Kenntniß gegeben, damit dasselbe hierdurch einen neuen Beweis erhalte, wie Se. Königliche Majestät unablässig bemüht sind, zum Schutze des erlaubten Handels Ihrer getreuen Unterthanen, jedes zu Ihrem Gebote stehende Mittel aufzubieten, anderer Seits wird aber jeder Versuch zur Uebertretung oder Umgehung der in Absicht des Kontinentalsystems ergangenen Verordnungen an dem Vermögen und der Person des Uebertreters nach der Strenge der Gesetze geahndet werden.

Berlin, den 20sten März 1812.

v. Hardenberg.

(No. 86.) Verordnung wegen Aufhebung der bisherigen Verstattung des Ausspiels von Grundstücken. Vom 31sten März 1812.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. c.

haben durch den §. 4. Unseres Lotterie-Edikts vom 28sten Mai 1810. unter den in dem Publikandum der Ministerien des Innern, der Finanzen und der Justiz von demselben Tage, enthaltenen näheren Bestimmungen, das Ausspielen der Grundstücke in Unsern Staaten allgemein frei gegeben.

Der ungünstige Erfolg der neuern Versuche, dergleichen Auspielungen zu Stande zu bringen, hat jedoch überzeugend dargethan, wie gering der Antheil ist, den das Publikum an denselben nimmt, und wie wenig also den Grundbesitzern dadurch geholfen, und Unsere, bei der Erlassung jenes Edikts gehabte, wohlgemeinte Absicht erreicht wird.

Da auch außerdem durch das bisherige Ausspielen der Grundstücke die Einnahmen des Staats von dem Lotterie-Wesen bedeutend verloren haben; so finden Wir Uns veranlaßt, den §. 4. Unseres Lotterie-Edikts vom 28sten Mai 1810. und das Publikandum von demselben Tage hierdurch aufzuheben. Es sollen mithin von jetzt an keine Auspielungen von Grundstücken ferner gestattet, und die dazu erteilten, und noch nicht ausgeführten Bewilligungen, als nicht vorhanden angesehen werden.

Wir befehlen, daß nach diesem Unserm Willen durchgängig verfahren werde.

Gegeben Berlin, den 31sten März 1812.

Friedrich Wilhelm.

Hardenberg.

(No. 37.) — Weitere Ausdehnung der Verordnung vom 18ten März c.; die Anhaltung
 Französischer Deserteurs betreffend; auf sämtliche Kaiserlich-Französische
 Armee-Korps. Vom 3ten April 1812.

Da nach der Allerhöchsten Willensmeinung Seiner Majestät des Königs
 die Verordnung vom 18ten März dieses Jahres,

wegen Anhaltung der Deserteurs von den Kaiserlich-Französischen,
 unter dem Befehl des Fürsten von Camühl stehenden, Truppen,
 auf sämtliche Kaiserlich-Französische Armee-Korps ausgedehnt werden soll,
 so hat ein Jeder sich hiernach aufs Genaueste zu achten.

Berlin, den 3ten April 1812.

Der Staatskanzler

v. Hardenberg.